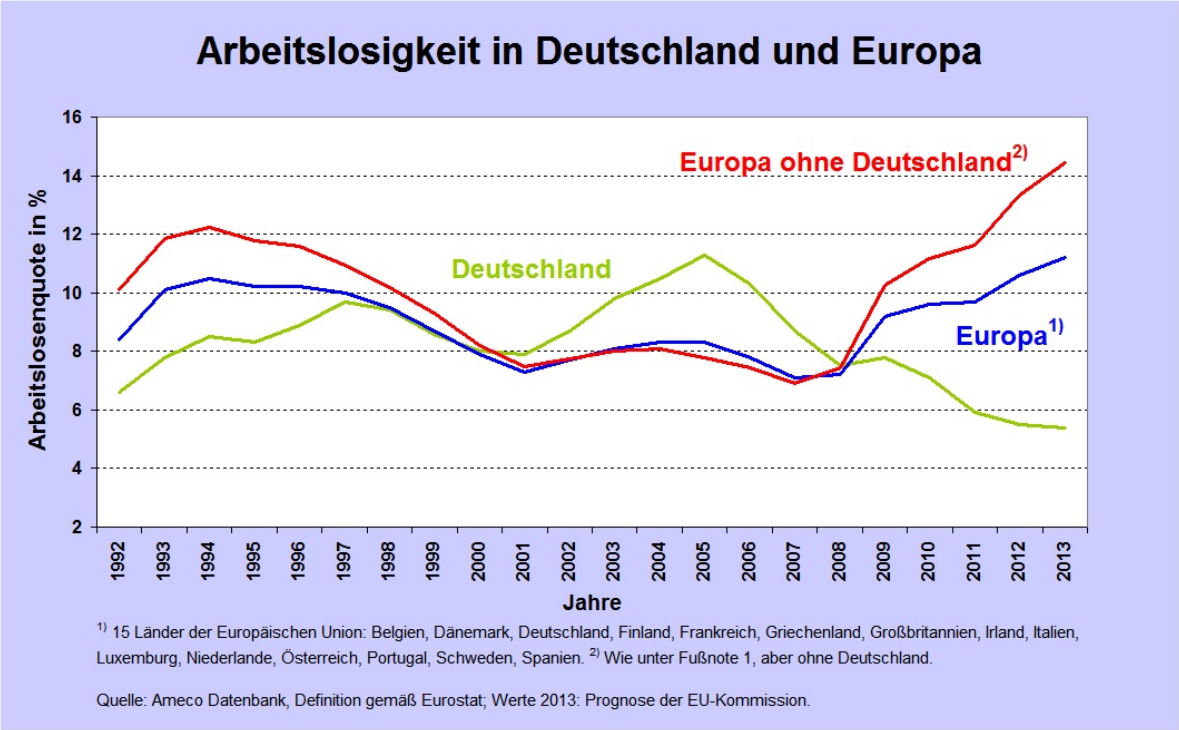
MAKROSKOP
Kritische Analysen zu Politik und Wirtschaft.
Herausgeber: Paul Steinhardt

Uns geht es doch gut! Wirklich?

Von Friederike Spiecker | 01.10.2013 (editiert am 25.05.2016) www.fspiecker.de

Das große Gewicht, das Deutschlands Regierung in wirtschaftspolitischen Fragen innerhalb Europas vor wie nach der Bundestagswahl beigemessen wird, beruht nicht nur auf irgendwelchen Hilfszusagen und Kreditgarantien für Krisenstaaten. Nein, es hat ganz wesentlich damit zu tun, dass in der Wahrnehmung der Bürger hierzulande wie außerhalb Deutschlands der Rückgang der deutschen Arbeitslosigkeit so zentral hervorsticht aus der Entwicklung der meisten anderen europäischen Arbeitsmärkte (vgl. Abbildung 1): Einer Halbierung der deutschen Arbeitslosenquote seit 2005 auf 5 ½ Prozent (nach Eurostat-Definition) steht eine Verdoppelung bei den europäischen Partnern seit 2007 auf im Durchschnitt 14 ½ Prozent gegenüber (Ausnahmen sind die Niederlande, Österreich und Luxemburg). Ein Land, in dem so eine positive Entwicklung möglich ist, noch dazu trotz des Ausbruchs der Finanzkrise 2008/2009, während andere massiv Probleme haben, ein solches Land muss, so die naheliegende Vermutung, wirtschaftspolitische Kompetenz haben. Den Rat der Regierenden dieses Landes kann man nicht einfach vom Tisch wischen.

Abbildung 1

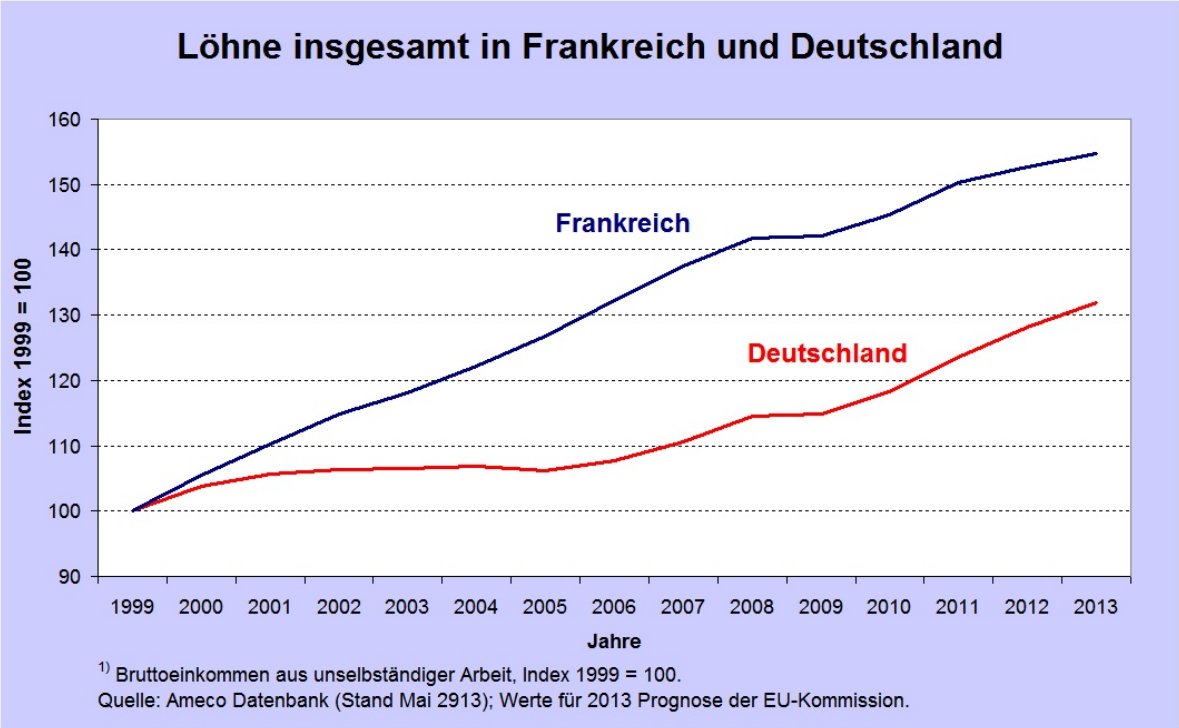


Einen kausalen Zusammenhang zwischen der einen positiven und den anderen negativen Entwicklungen auch nur zu vermuten, gilt hierzulande weithin als Nestbeschmutzung, als ewige Miesmacherei und als Ausweis, dass man ja nur in Nullsummen-Kategorien denke, also in der Vorstellung, was der eine bekomme, müsse dem anderen weggenommen worden sein und umgekehrt, anstatt eine Verbesserung für alle für möglich zu halten. Um eben eine solche Verbesserung für alle ist es der deutschen Bundeskanzlerin zu tun, wenn sie ganz Europa auffordert, wettbewerbsfähiger zu werden nach deutschem Vorbild. Deutschland als Blaupause – das scheint einerseits logisch angesichts der Arbeitsmarktentwicklung und das klingt andererseits danach, dass wir auch noch stolz sein können auf unsere Lage. Und das ist wichtig, vor allem auch für diejenigen in unserem Land, denen es absolut gesehen nicht gut geht. Die können sich nämlich in Europa umsehen und feststellen, dass es anderen noch viel miserabler geht. Da fühlt man sich gleich besser, *relativ* besser. Ein sehr alter und trotzdem nicht tot zu kriegender Mechanismus, der immer wieder bewusst eingesetzt wird, und der eine grundlegende Veränderung im Denkansatz der Mehrheit der Bürger und erst recht in der konkreten Politik blockiert.

Was kann man dieser Art von Meinungsbildung entgegen setzen? Ich glaube, es geht nur mit geduldig wiederholten Hinweisen auf die und Erklärungen zu den Fakten.

Schauen wir zuerst auf die Entwicklung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, also auf die Entwicklung dessen, was die Unternehmen zusammen an Löhnen bezahlen bzw. was den Arbeitnehmern und – über die Sozialversicherungsbeiträge – den Transferempfängern (Rentnern, Kranken und Arbeitslosen) für die geleistete Arbeit privat zur Verfügung steht – abgesehen von der in dieser Größe ebenfalls enthaltenen Lohnsteuer (die der Staat allerdings in öffentliche Güter steckt, teilweise auch in die Sozialversicherung selbst, die den Bürgern insgesamt wieder zugute kommen).

Abbildung 2

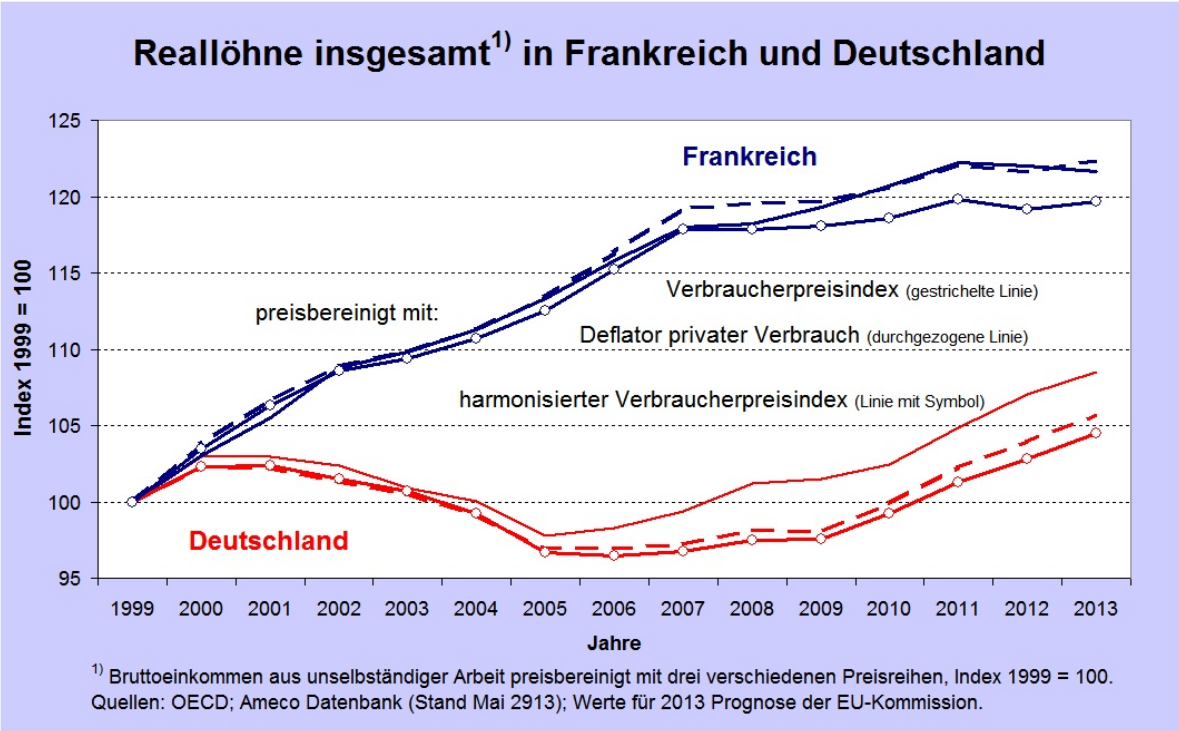


Der Abstand in der Summe der Arbeitseinkommen, der sich zwischen Frankreich und Deutschland über die letzten 1 ½ Jahrzehnte aufgebaut hat, ist gewaltig (vgl. Abbildung 2): gut 22 Prozentpunkte Unterschied in den nominalen Bezügen, das sind jährlich gut 1% mehr in Frankreich – und das, wo man doch allenthalben die deutsche Arbeitsmarktentwicklung für so positiv hält. Wo sind die dazu passenden Einkommen geblieben?

Nun gut, in Abbildung 2 handelt es sich um einen nominalen Vergleich. Da die Preisentwicklung in Frankreich dem Ziel der EZB von knapp 2% jährlicher Preissteigerung entsprochen hat, während Deutschland dank Lohnmoderation weit unter dieser Vereinbarung geblieben ist, muss den Arbeitnehmern von dieser Seite her gesehen in Deutschland real mehr in den Taschen geblieben sein als in Frankreich. Doch wie viel war es im Vergleich wirklich? Wird der nominale Vorteil, den Frankreichs Arbeitnehmer gemäß Abbildung 2 im Vergleich zu Deutschland genießen, durch die höhere Inflation aufgezehrt?

In Abbildung 3 sind die Arbeitseinkommen auf drei verschiedene Arten preisbereinigt für die beiden Länder dargestellt. Da es hier um die Sicht der Verbraucher und nicht die der Unternehmer geht, interessiert die Preisentwicklung der Konsumgüter (und nicht die der gesamten Produktion eines Landes, wie sie im Deflator des Bruttoinlandsprodukts zum Ausdruck kommt, den wir für die Sicht der Unternehmer und insbesondere bei Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes heranziehen). Diese Preisentwicklung kommt im Deflator des privaten Verbrauchs, einer Größe aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, zum Ausdruck. Sie wird aber auch direkt mit dem Verbraucherpreisindex erfasst. Diesen gibt es neben der nationalen schließlich noch in einer von Eurostat harmonisierten Variante, die der höheren internationalen Vergleichbarkeit dient.

Abbildung 3



Nach allen drei Methoden der Preisbereinigung bleibt ein erheblicher Abstand zwischen den Arbeit-

seinkommen in Frankreich und Deutschland erhalten, wenn auch ein kleinerer als in der nominalen Betrachtung. Also ist den französischen Beschäftigten insgesamt sogar real mehr in den Taschen geblieben als ihren deutschen Kollegen, nämlich jedes Jahr im Durchschnitt fast 1% mehr. Mit anderen Worten: Die höhere Preissteigerungsrate hat den französischen Arbeitnehmern nicht geschadet, sie wurde von der nominalen Lohneinkommensentwicklung nicht nur komplett abgefedert, sondern überstiegen. Dass Frankreich allerdings an internationaler Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland verloren hat, das seinerseits durch die Lohndumpingstrategie Marktanteile auf den Weltmärkten gewonnen hat, indem es die vereinbarte Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank laufend unterboten hat, steht auf einem anderen Blatt.

Stellt sich die Frage, wie es mit den *Stunden*löhnen bestellt ist: Vielleicht haben die deutschen Beschäftigten einfach nur immer weniger Stunden gearbeitet und daher insgesamt nicht so viel Arbeitseinkommen erzielt wie die Franzosen? Dann stünden sie nicht unbedingt schlechter da als jene, denn dann hätten sie insgesamt mehr Freizeit gehabt. (Von der Frage, wie freiwillig manche Menschen Freizeit haben, ob sie aus freien Stücken Teilzeit arbeiten oder wie gern sie auf eine höhere Arbeitsstundenzahl aufstocken würden, sei an dieser Stelle einmal abgesehen.) Doch auch hier zeigt der empirische Vergleich, dass es in Deutschland nicht so gut gelaufen ist wie in Frankreich. Bei den durchschnittlichen nominalen Stundenlöhnen lag Deutschland zu Beginn der EWU mit etwas über 22 Euro noch leicht über den französischen (21,45 Euro). Bis heute hat sich das Verhältnis dramatisch umgekehrt: Ein französischer Beschäftigter verdient heute pro Stunde im Schnitt etwas mehr als 32 Euro, ein deutscher hingegen weniger als 29 Euro (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4

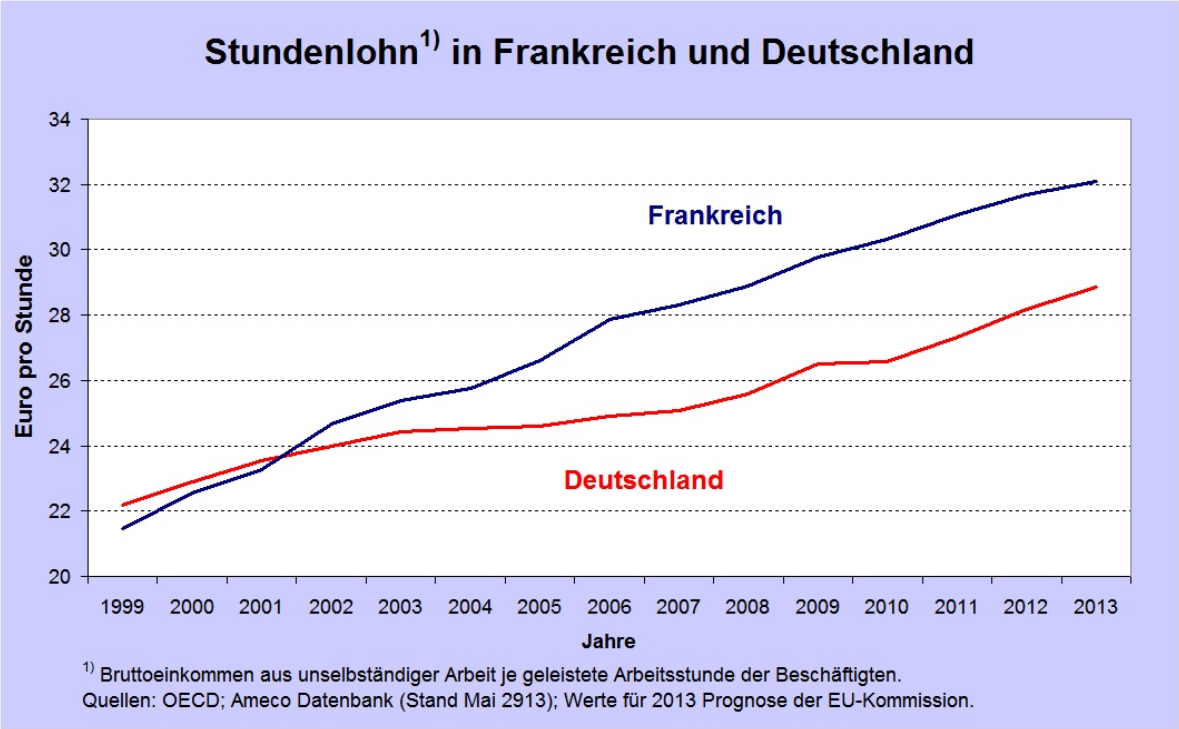
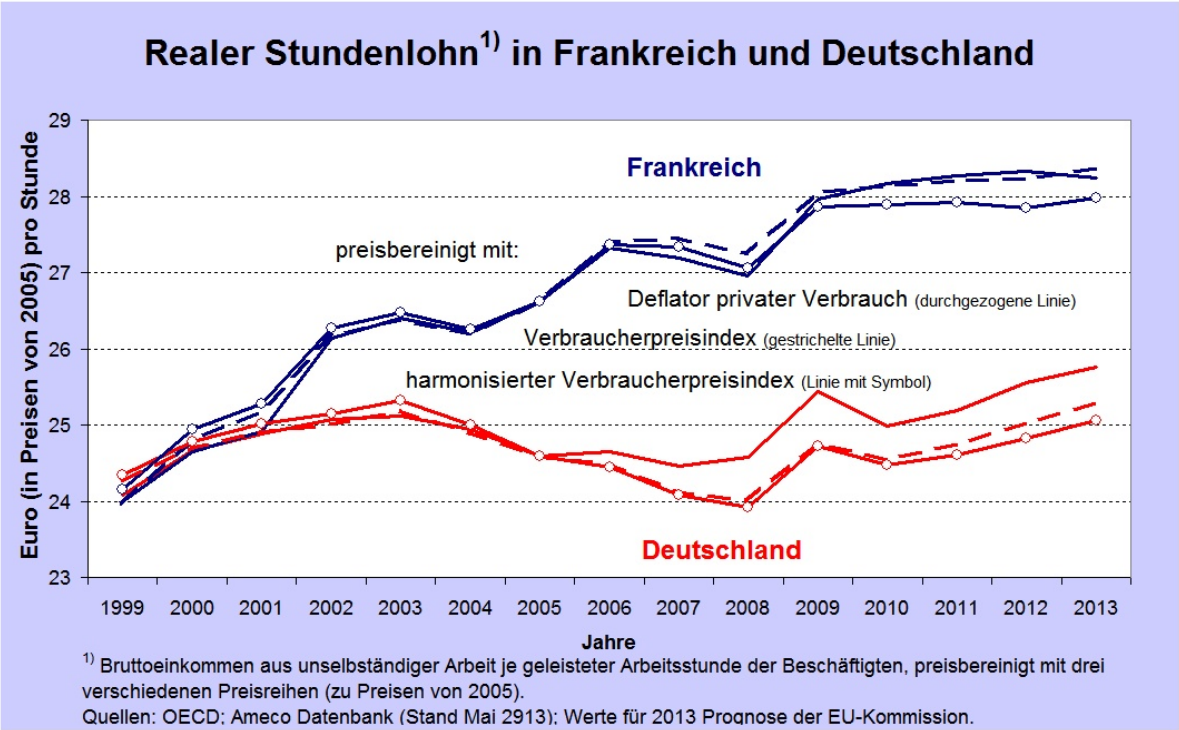


Abbildung 5 veranschaulicht die Entwicklung der realen Stundenlöhne, also der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je geleisteter Arbeitsstunde der Beschäftigten, wiederum preisbereinigt auf die drei verschiedenen Arten wie oben.

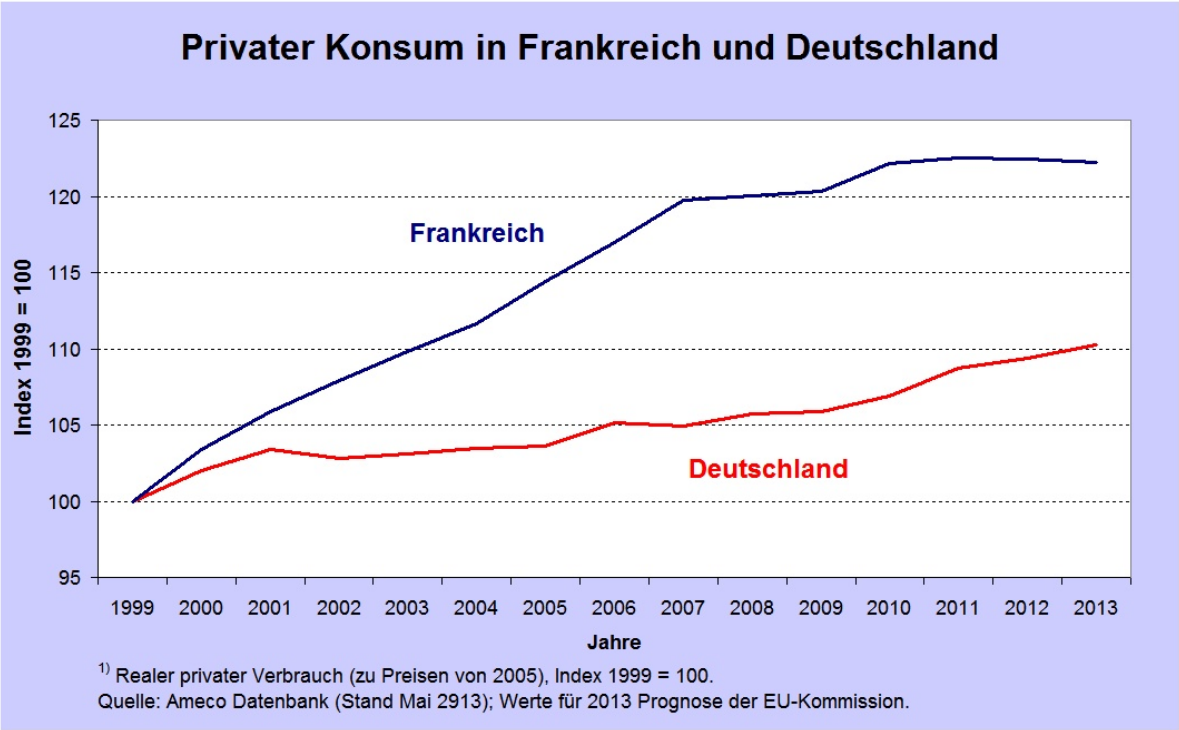
Abbildung 5



Man erkennt, dass das Niveau der realen Stundenlöhne zu Beginn der EWU nahezu gleich war zwischen beiden Ländern. Mittlerweile klaffen die realen Stundenlöhne aber etwa genau so weit auseinander wie die nominalen, nämlich ebenfalls rund 3 Euro, egal mit welcher Preisreihe man die reale Rechnung bewerkstelligt.

Kein Wunder also, dass sich diese schlechte deutsche Einkommenssituation in einer vergleichsweise lahmenden privaten Konsumnachfrage niedergeschlagen hat (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6

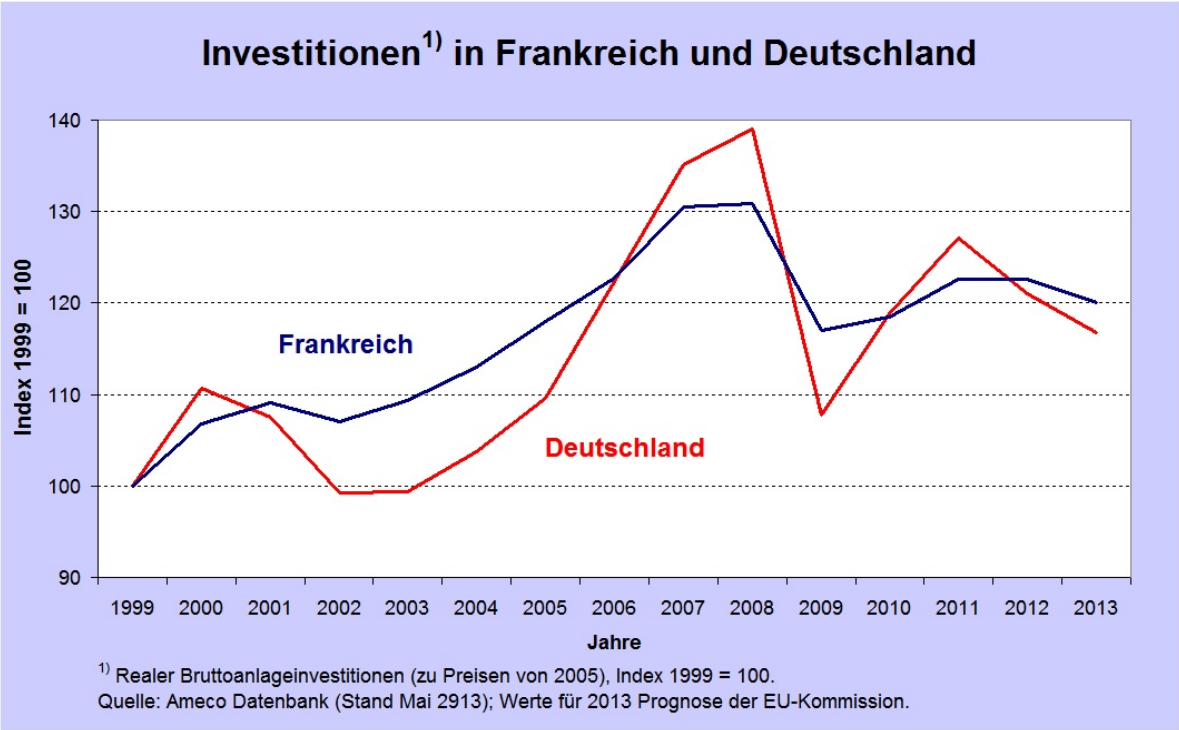


Innerhalb von vierzehn Jahren ist der private Verbrauch nur um 10 Prozent gestiegen, d.h. jedes Jahr im Schnitt nur um 0,7% und damit nur halb so viel wie in Frankreich. Die "Erfolge" am deutschen Arbeitsmarkt, die im Wesentlichen in der Verringerung der offenen Arbeitslosigkeit durch den Ausbau des Niedriglohnsektors bestanden, haben sich für die Masse der Bürger offenbar nicht ausgezahlt.

Doch halt – war nicht das Ziel der Lohnmoderation, die Unternehmen so stark bei den Lohnkosten zu entlasten, dass die – nach neoklassischer Lesart dadurch und danach zwingend folgende – Steigerung der Gewinne einen Investitionsboom auslösen würde? Wäre das der Fall, müsste die Investitionsentwicklung hierzulande deutlich stärker ausgefallen sein in den vergangenen 14 Jahren als in Frankreich. Und das müsste außerdem zu einer besseren Produktivitätsentwicklung geführt haben. Beides ist aber nicht der Fall, wie den Abbildungen 7 und 8 zu entnehmen ist.

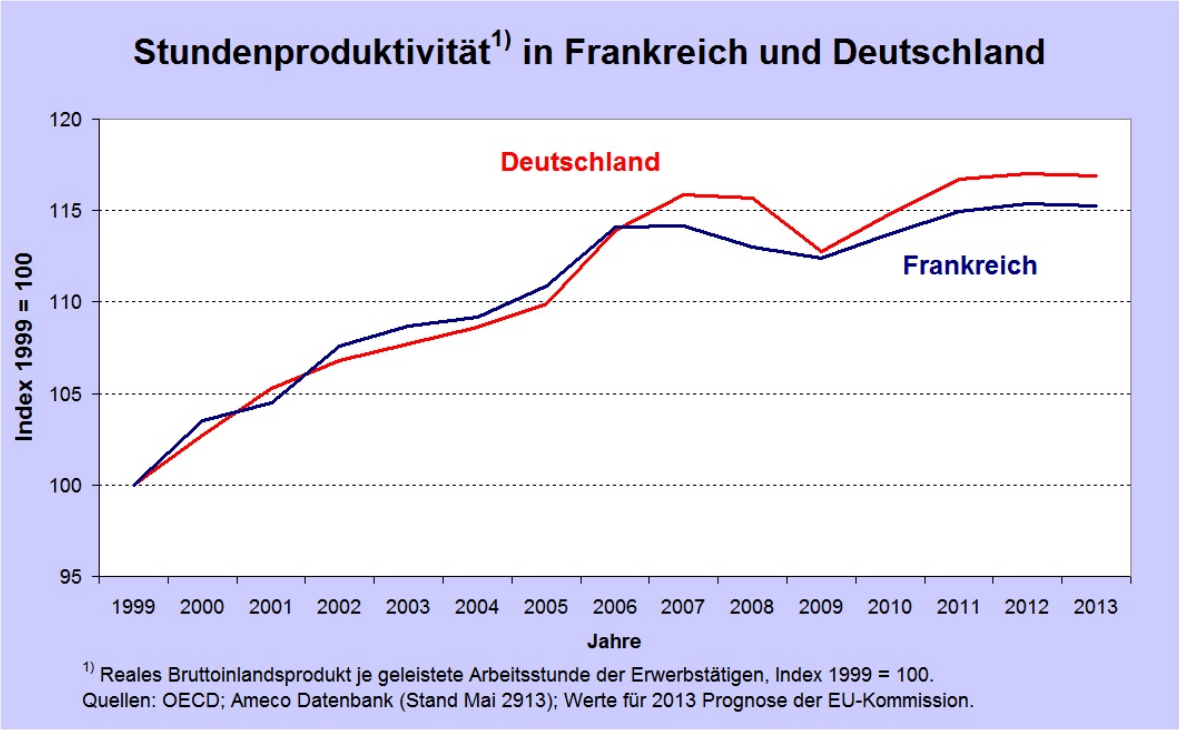
Die Investitionstätigkeit lag in Deutschland, gemessen am Niveau 1999, seither nur in vier Jahren über der französischen, dafür aber acht Mal darunter und zweimal gleich auf (vgl. Abbildung 7). Das ist angesichts der massiven Lohnzurückhaltung, die den deutschen Arbeitnehmern zugemutet wurde, ein mehr als armseliges Ergebnis.

Abbildung 7



Und wie nicht anders zu erwarten, sieht es bei der Produktivitätsentwicklung kaum rosiger aus. Der Vorsprung, den Deutschland sich über 14 Jahre gegenüber Frankreich "erarbeitet" hat, ist mit 1 ½ Prozentpunkten verschwindend gering – zumindest wenn man an die Segnungen denkt, die einer jahrelang anhaltenden Lohnmoderation nachgesagt wurden.

Abbildung 8



Trotz dieser erbärmlichen Bilanz wird die Lage der deutschen Wirtschaft von der Mehrheit der Wähler (noch) als vergleichsweise positiv wahrgenommen, was sicher auch mit der Berichterstattung in den

deutschen Medien zu tun hat. Doch wird sich das Scheitern der deutschen Wirtschaftspolitik nicht mehr lange verbergen lassen.

Über den Autor

Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 01.10.2013 | Editiert am: 25.05.2016
Erschienen unter: https://makroskop.eu/2013/10/uns-geht-es-doch-gut-wirklich/